

Niederschrift

über die 4. Sitzung des Ausschusses für Bildung und Soziales der Stadt Geilenkirchen am Donnerstag, dem 04.11.2010, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Vorstellung der Initiative "Seniorenbegleiter"
Vorlage: 213/2010
2. Beratung über die Bildung einer Seniorenvertretung
Vorlage: 279/2010
3. Vorstellung des Integrationsprojektes "Gangway"
Vorlage: 211/2010
4. Sachstandsbericht über die künftige Umsetzung des SGB II im Kreis Heinsberg
Vorlage: 222/2010
5. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Dr. Joachim Möhring

Stellvertretende/r Vorsitzende/r

2. Kurt Sybertz

Mitglieder

3. Hans-Jürgen Benden
4. Theresia Hensen
5. Dipl. Ing. Stefan Kassel
6. Wilfried Kleinen
7. Dr. Armin Leon
8. Manfred Schumacher
9. Ruth Thelen
10. Marlis Tings

Stellvertretendes Mitglied

11. Gerd Latour Vertretung für Herrn Helmut Gerads
12. Uwe Neudeck Vertretung für Frau Barbara Slupik

Sachkundige/r Bürger/in

13. Christoph Grundmann
14. Dieter Körner
15. Dr. Wilfried Plum
16. Karl-Heinz Speuser Vertretung für Frau Florentine Steffens
17. Siegfried Winands
18. Birgit Zühlsdorff

von der Verwaltung

19. Beigeordneter Herbert Brunen
20. Gort Houben
21. Wilfried Schulz

Protokollführer

22. Christoph Nilles

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring eröffnete um 18.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden, dabei insbesondere Herrn Hamann und Herrn Ehlers als Vertreter der Diakonie. Weiter stellte er die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung zur Sitzung fest.

TOP 1 Vorstellung der Initiative "Seniorenbegleiter"
Vorlage: 213/2010

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring wies zur Einleitung darauf hin, dass 90 % der älteren Menschen sich so lange wie möglich ein selbständiges Leben wünschen. Um dies zu ermöglichen seien besondere Konzepte erforderlich. Er erkundigte sich, ob auf Grund der Vorlage weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Ausschussmitglied Schumacher wünschte eine weitere Vorstellung der Initiative. Weiter bemängelte er die Formulierung in der Vorlage, „der Ausschuss wird gebeten [...] zustimmend zur Kenntnis zu nehmen“. Damit werde bereits eine Richtung vorgegeben.

Herr Dr. Möhring wies darauf hin, dass es lediglich der Vorschlag der Verwaltung sei, dem Konzept zuzustimmen, man könne aber natürlich auch ablehnen.

Herr Schulz berichtete in Ergänzung der Vorlage über die Hintergründe und Einzelheiten der Initiative. Im Rahmen der Arbeitsgruppe „Älter werden im Kreis Heinsberg“ wurde das Ziel formuliert, die Lebensbereiche älterer Menschen so zu beeinflussen, dass ein längerer Verbleib in der eigenen Wohnung möglich ist. Dies könne durch Voraussetzungen in der Infrastruktur aber auch durch ehrenamtliches Engagement erreicht werden, wenn eigene Angehörige fehlten.

Die Caritas habe diese Überlegungen der Arbeitsgruppe aufgegriffen und daraus zusammen mit der Verwaltung das Projekt Seniorenbegleiter entwickelt. Dabei geht es ausdrücklich nicht um Pflege sondern um Hilfe zur Bewältigung des Alltags und Frei-

zeitgestaltung. Ziel sei auch die Verbesserung und der Ausbau von weiteren Kontakten, so dass die Begleitung nach einiger Zeit beendet werden könne.

Herr Dr. Leon erkundigte sich, ob die benötigten Mittel bereits im Haushalt für dieses Jahr enthalten seien. Herr Schulz gab an, dass diese im Rahmen der Haushaltsplanung für 2011 angemeldet wurden.

Ausschussmitglied Benden führte aus, dass man bei Kosten von 1.000 € jährlich sehr viel für kleines Geld erreichen könne. Die Initiative sei eine sinnvolle Maßnahme für die immer mehr werdenden Seniorinnen und Senioren. Auf die Nachfrage von Dr. Leon erwiderte er, dass es sich um ein neues Projekt handle und somit die Mittel im Haushalt 2010 auch nicht zur Verfügung stehen könnten. Er befürwortete es, dass das Projekt, obwohl es sich um ein laufendes Geschäft der Verwaltung handle, im Ausschuss zur Abstimmung gestellt werde. Die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen begrüße die Initiative.

Herr Sybertz dankte der Caritas für ihre Initiative zur Verbesserung der Lebensbedingungen älterer Menschen. Angesichts eines Jahresbeitrags von 1.000 € solle der Ausschuss dem Antrag zustimmen.

Ausschussmitglied Schumacher führte aus, dass die CDU-Fraktion das Konzept ebenfalls befürworte, er wünschte aber noch eine ausführliche schriftliche Darstellung.

(Das ausführliche Konzept ist zur Information der Niederschrift als Anlage beigefügt.)

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring stellte fest, dass überwiegend kein weiterer Beratungsbedarf zum Tagesordnungspunkt mehr herrsche und stellte folgenden Antrag zur Abstimmung:

Der Ausschuss für Bildung und Soziales nimmt die Initiative „Seniorenbegleiter“ der Caritas und die damit verbundene finanzielle Beteiligung der Stadt zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	1
Enthaltung:	1

**TOP 2 Beratung über die Bildung einer Seniorenvertretung
Vorlage: 279/2010**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring verwies auf die in der Vorlage von der Verwaltung vorgeschlagenen beiden Varianten. Analog der Einbindung des Stadtjugendrings schlug er eine dritte Variante vor. Ein Vertreter der Stadt wird in den Runden Tisch für Altenarbeit entsandt und ein Vertreter dieses Gremiums erhalte einen Sitz als beratendes Mitglied im Ausschuss.

Auf die Nachfrage von Ausschussmitglied Sybertz, ob eine Seniorenvertretung dann entfiere, erläuterte Herr Dr. Möhring, dass die Recherchen der Verwaltung ergeben hätten, dass die Beiräte in anderen Städten nicht wie gewünscht funktionieren. Man könne auf diesem Wege aber auf die gute Arbeit des Runden Tisch zurückgreifen.

Frau Thelen merkte an, dass für sie die vorgeschlagene Variante 2 wichtig sei, da dieser Punkt auch in der Variante 3 enthalten sei, könne sie sich auch damit anfreunden.

Herr Dr. Leon dankte zunächst der Verwaltung für die ausführliche Vorlage und erläuterte anschließend seine Sicht zu den vorgeschlagenen Varianten. Die Variante 1 halte er für vollkommen ausreichend. Die Anregungen aus dem Runden Tisch könnten auch über die Fraktionen im Ausschuss eingebracht werden.

Herr Benden entgegnete, dass die Antragsberechtigung schon wichtig sei und ein Vertreter direkt im Ausschuss etwas vorbringen könne. Herr Sybertz ergänzte, dass es zudem von Vorteil wäre, wenn Nachfragen direkt an den Vertreter gestellt und dieser bei Diskussionen beraten könne. Natürlich wäre er kein stimmberechtigtes Mitglied des Ausschusses.

Herr Dr. Leon warf ein, ob – zugespitzt formuliert – die Mitglieder des Ausschusses die selber bereits Senioren seien, nicht für die Gruppe der Senioren sprechen könnten. Er halte die Variante 1 nach wie vor für ausreichend, die Anzahl der Ausschussmitglieder müsse nicht immer weiter erhöht werden.

Herr Dr. Möhring berichtete über seine Erfahrungen mit dem Runden Tisch. Für jemanden der sich nicht ständig mit der Materie befasse seien viele Aspekte neu bzw. nicht bewusst. Im Rahmen von direkter Demokratie sei jede Form von mehr Beteiligung der Bürger sinnvoll.

Ausschussmitglied Kleinen schloss sich der Meinung von Herrn Dr. Leon an. Die Variante 1 ermögliche, dass kleinere Anregungen durch die Verwaltung aufgegriffen werden und Anregungen größerer Dimension über den Vorsitzenden in den Ausschuss gelangen. Sollte dann Fachexpertise benötigt werden, könne man im Einzelfall einen Gast dazu einladen.

Frau Thelen wies auf den Nachteil der Variante 1 hin, die zwei Filter enthalte bis etwas in den Ausschuss gelange. Sie verstehe nicht, welche Nachteile die von der CDU abgelehnte Variante habe.

Herr Benden beantragte, über die vorgeschlagene Verbindung der Varianten 1 und 2 abzustimmen. Dabei sei die Formulierung „oder eine andere vom Rat gewählte Person“ zu streichen. Dr. Leon beantragte für die CDU-Fraktion nur über die Variante 1 abzustimmen.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring erläuterte, dass in diesem Fall über den weitergehenden Antrag abzustimmen sei. Herr Brunen wies zum Verfahren noch klarstellend darauf hin, dass bei einer Zustimmung anschließend noch der Rat die Erweiterung des Ausschusses beschließen und der Runde Tisch einen Vertreter vorschlagen müsse.

Herr Dr. Möhring formulierte daraufhin folgenden Beschluss:

Ein Mitglied des Runden Tisches für Altenarbeit erhält als Seniorenvertreter einen festen Sitz im Ausschuss für Bildung und Soziales und ist dort auch antragsberechtigt.

Die Verwaltung hat organisatorisch sicherzustellen, dass kleinere Anregungen und Beschwerden aus dem Runden Tisch im baulichen Bereich schnell aufgegriffen und, sofern rechtlich und finanziell vertretbar, erledigt werden. Anregungen von größerer Dimension werden nach Absprache mit dem Ausschussvorsitzenden auf die Tagesordnung der Sitzungen gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	8
Enthaltung:	0

**TOP 3 Vorstellung des Integrationsprojektes "Gangway"
Vorlage: 211/2010**

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring bat zunächst die Vertreter der Diakonie um weitergehende Ausführungen zum Projekt „Gangway“.

Herr Hamann stellte sich kurz als Geschäftsführer des Diakonischen Werks des Kirchenkreises Jülich sowie Herrn Ehlers als Leiter des Migrationsfachdienstes vor. Er berichtete, dass das Diakonische Werk seit 20 Jahren im Bereich Integration im Kreis Heinsberg tätig sei. In Folge des Zuwanderungsgesetzes im Jahr 2005 wurde die Arbeit neu ausgerichtet. Dazu gehören u.a. die Beratungsangebote für Menschen mit Migrationshintergrund, die von ca. 300 Menschen im Jahr in Anspruch genommen werden, sowie die Asyl- und Flüchtlingsarbeit, z.B. in Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Runden Tisch in Geilenkirchen.

Ein weiterer Aspekt sei die 2005 begonnene Arbeit der Integrationsagentur. Diese habe die Aufgabe, die Netzwerkarbeit im Kreis Heinsberg anzustoßen und zu begleiten, was durch die Einbindung vieler, insbesondere öffentlicher, Akteure gelinge. Daneben erfolge aber auch eine Analyse des Sozialraums der Migranten. In diesem Zusammenhang wurde seitens der Migrantenverbände im Kreis Heinsberg eine Verbesserung der Teilhabebedingungen gewünscht.

Dies leite über zur 3. Aufgabe, der Initiierung und Durchführung von Projekten, wie dem im Bereich Erkelenz, Hückelhoven und Heinsberg durchgeführten Integrationslotsenprojekt, in dem ca. 15 ehrenamtliche Lotsen mit Zuwanderungsgeschichte geschult wurden, um die Beratung von Migranten vorzunehmen, wobei im Hintergrund weiter Unterstützung stattfindet. Ein weiteres Beispiel sei der für Geilenkirchen geplante Kurs „Starke Eltern – Starke Kinder“.

Bei der Analyse sei aufgefallen, dass Übach-Palenberg und Geilenkirchen über das angesprochene Integrationslotsenprojekt nicht erreicht wurden, obwohl Bedarfe festgestellt werden konnten. Daraufhin sei an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein Förderantrag für das Projekt „Gangway“ gestellt worden.

Herr Ehlers stellte in Grundzügen die genauen Projekthalte vor. Die vollständige Darstellung ist der Niederschrift als Anlage beigelegt. Er ergänzte, dass der Rat der Stadt Übach-Palenberg dem Projekt bereits zugestimmt habe und wies noch einmal auf die guten Erfahrungen hin, die insbesondere in der Stadt Hückelhoven mit diesem Projekt gemacht wurden.

Ausschussmitglied Kassel wollte in Bezug auf die Vorlage wissen, warum sich das Projekt hauptsächlich nur an Frauen richte und wann der Start sei, da der 01.11. bereits verstrichen sei.

Herr Ehlers erläuterte darauf, dass die Fördervorgaben des BAMF entsprechende Kurse leider nur für Frauen vorsähen. Mit dem Projekt habe man bereits zum 01.11. begonnen und war bisher nur in Übach-Palenberg tätig. Bei entsprechendem Beschluss könne man aber in Geilenkirchen ebenfalls sofort tätig werden.

Ausschussmitglied Kleinen fasste zusammen, dass die Kosten jährlich 5.400 € und insgesamt 16.200 € betragen. Er stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, was möglicherweise nach Ablauf der drei Jahre Projektförderung an Kosten auf die Stadt zukomme, wenn es dann hieße, das Projekt müsse aber fortgesetzt werden. Dann spräche man von über 36.000 € jährlich.

Herr Hamann griff die Anmerkung als Frage in Bezug auf die Nachhaltigkeit des Projektes auf. Ziel der entsprechenden Förderung durch den Bund sei die Schaffung nachhaltiger Strukturen am Ende der Projektlaufzeit. Den Kommunen stehe es dann selbstverständlich frei, diese selber weiterzuführen. Beide Varianten seien in der Vergangenheit vorgekommen.

Ausschussmitglied Sybertz fragte nach, ob eine Ausstiegsmöglichkeit vor Ablauf der drei Jahre bestehe wenn man erkennen würde, dass das Projekt nicht funktioniert. Weiter wollte er wissen, ob in dem zu tragenden Anteil nur Personal- oder auch Sachkosten enthalten seien. Er führte weiter aus, dass durch die 15 Wochenstunden der Fachkraft auch eine Entlastung der Verwaltung stattfinde. Er hatte noch einmal nach, ob er den Projekthalt richtig verstehe, dass durch die Verbesserung der Sprachkenntnisse die Grundlage für weitere Hilfestellungen geschaffen werde.

Herr Hamann nannte als Ziel des Projekts die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements von Migranten. Im Ergebnis könne eine Eigenständigkeit der geschulten Personen vorhanden sein, die es ermögliche die Arbeit in bestehenden Strukturen weiterzuführen. Für den Aufbau würden aber zusätzliche personelle Ressourcen benötigt. In Bezug auf die Fragen führte er aus, dass man selbstverständlich jederzeit zu Gesprächen zur Verfügung stünde, wenn die Ergebnisse nicht zufrieden stellend seien. Im Übrigen trage auch die Diakonie den gleichen finanziellen Anteil an den ungedeckten Kosten wie Übach-Palenberg und Geilenkirchen, dazu gehörten auch die Sachkosten.

Frau Tings wies darauf hin, dass man das Problemfeld in der Vergangenheit bereits immer wichtig genommen habe. So würden beispielsweise in den Kindertagesstätten bzw. Familienzentren ja bereits Sprachkurse angeboten.

Frau Thelen merkte dazu an, dass die Kindertagesstätten Kooperationspartner der Sprachkursträger seien, die dort angebotenen Integrationskurse würden sich aber von den Inhalten des Projektes unterscheiden. Die Kurse in einem Umfang von 900 Std. wären oftmals gerade für Mütter mit kleinen Kindern nicht geeignet. Hier würden niederschwelligere Angebote benötigt.

Herr Schumacher wies noch einmal auf die Gesamtkosten von 16.200 € hin. Vor diesem Hintergrund überzeuge das Projekt die CDU insgesamt nicht.

Frau Thelen berichtete aus dem Runden Tisch für Flüchtlingsarbeit, der das Projekt einstimmig befürworte, ebenso wie die beiden Kirchen. Sie verstehe die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion nicht, da eindeutig nicht genügend geeignete Angebote vorhanden seien.

Herr Schumacher konkretisierte noch einmal, dass man nicht grundsätzlich gegen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Migranten sei, das vorgestellte Projekt aber nicht überzeuge.

Ausschussmitglied Sybertz verdeutlichte daraufhin, dass man für 450 € eine Fachkraft bekäme, die 15 Stunden in der Woche für Geilenkirchen tätig wäre und in diesem Zusammenhang auch die Arbeit des Jugend- und Sozialamtes unterstütze.

Herr Benden stellte klar, dass die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen vom Projekt überzeugt sei. Man dürfe nicht vergessen, dass 85 % der Kosten vom Land übernommen würden. Die entsprechenden Stellen hätten das Projekt ebenfalls geprüft und waren vom Konzept überzeugt. Integration werde derzeit im gesamten Land diskutiert und eingefordert. Er richtete an die CDU die Frage, ob für ein wirklich sinnvolles Projekt diese 450 € im Monat tatsächlich zuviel Geld seien. Der Träger habe Erfahrung auf diesem Gebiet und könne gute Ergebnisse vorweisen. Die Fachkraft erleichtere die Arbeit der Verwaltung und setze dort auch wieder Gelder frei. Man müsse etwas dafür tun, dass sich die Menschen integrieren können und niedrighschwellige Angebote dafür schaffen, die bisher nicht vorhanden waren. Das Projekt stelle eine große Chance für Geilenkirchen dar; wenn der Ausschuss nicht zustimme, würde allein Übach-Palenberg davon profitieren.

Ausschussmitglied Dr. Plum kritisierte die vielen Worthülsen in der Projektdarstellung der Diakonie und forderte einige konkrete Beispiele ein, damit man nachvollziehen könne, was im Projekt genau passiere. 450 € seien in diesem Zusammenhang nicht viel Geld, man müsse aber verstehen können, wofür diese verwendet werden.

Herr Ehlers erläuterte daraufhin mit einigen Beispielen aus bisherigen Projekten die Arbeit der Integrationslotsen. Die Lotsen seien in der Lage, schneller und einfacher Vertrauen aufzubauen und die Personen dann an die geeigneten Hilfsangebote zu vermitteln und ggf. dorthin zu begleiten. Das Projekt wurde mit einem „Best Practice“ – Preis ausgezeichnet, die Stadt Neuss werde es ebenfalls durchführen. Für die

Verwaltung biete das Projekt eine große Hilfe, die Lotsen würden bei der Vorbereitung von Anträgen und sprachlichen Problemen helfen.

Herr Dr. Leon bemängelte, dass dies alles nur Beispiele seien, aber keine Fakten. Die Förderung liefe nur drei Jahre und danach kämen Kosten von 36.000 € auf die Stadt zu. Seine Erfahrung sei, dass am Ende der Projektlaufzeit vom Projektträger entsprechend argumentiert werde, das Projekt nicht zu beenden. Er stellte ergänzend die Frage, wie viele Leute durch das Projekt erreicht würden.

Herr Ehlers führte aus, dass es verschiedene Möglichkeiten gebe, wie die Integrationslotsen weiter eingebunden würden. In Hückelhoven habe es beispielsweise ein Folgeprojekt „Interkulturelles Zentrum“ gegeben, in Neuss bestehe von vornherein eine enge Anbindung an die Kommune, welche die Arbeit dann weiterführen werde. In Neuss seien 30 Personen als Lotsen geschult worden, in Hückelhoven mit Dolmetschern ebenfalls 25-30 Personen.

Herr Sybertz fragte bei der Verwaltung nach, ob es stimme, dass mit mehr Zuweisungen von Asylbewerbern zu rechnen sei. Herr Schulz bestätigte, dass eine entsprechende Information durch das Land erfolgt sei.

Ausschussmitglied Kassel erklärte, dass er den Wert des Projektes anerkenne, aber nicht beurteilen könne, ob die Kosten gerechtfertigt seien. Die FDP-Fraktion werde sich daher enthalten.

Herr Dr. Möhring wies noch einmal darauf hin, dass die Stadt neben der Fachkraft auch Ehrenamtler gewinne, die für die Stadt arbeiten werden. Herr Benden entgegnete in Richtung der FDP-Fraktion, dass bei einer Enthaltung die Gefahr bestehe, dass das Projekt allein in Übach-Palenberg stattfinde. Man müsse sich daher klar dazu bekennen ob man für oder gegen das Projekt sei.

Ausschussmitglied Dr. Plum stellte zusammenfassend fest, dass es sich von vornherein um ein zeitlich befristetes Projekt handle. Man könne dem Projektträger gegenüber deutlich machen, dass diese Zusage allein für die nächsten drei Jahre gelte. Am Ende bestünde dann immer noch die Möglichkeit über ein Wie und Ob weiter zu diskutieren.

Herr Schumacher bemängelte, dass so getan werde, als sei mit dem Projekt alles in Ordnung. Er ließe sich auch nicht unterstellen gegen Integration zu sein, er sei nur gegen dieses Projekt.

Ausschussvorsitzender Dr. Möhring stellte abschließend fest, dass gute Erfahrungen mit diesem Projekt vorlägen und es letztlich auch prämiert worden sei. Er rief zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt auf.

Der Ausschuss für Bildung und Soziales nimmt die Beteiligung der Stadt Geilenkirchen am Projekt Gangway zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	10
Nein:	4
Enthaltung:	4

**TOP 4 Sachstandsbericht über die künftige Umsetzung des SGB II im Kreis Heinsberg
Vorlage: 222/2010**

Beigeordneter Brunen erläuterte den aktuellen Sachstand. Der Bericht ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

TOP 5 Verschiedenes

Frau Thelen berichtete, dass die Ausstellung „Zug der Erinnerung“ im März 2011 den Kreis Heinsberg erreichen wird. Sie wollte von der Verwaltung wissen, ob der Zug auch einen Halt in Geilenkirchen einlegen werde.

Beigeordneter Brunen führte dazu aus, dass geplant sei, dass der Zug an zwei Tagen in Geilenkirchen halten wird. Die Deutsche Bahn AG verlange aber für die Nutzung des Gleises einen Betrag von 4.000 € täglich. Vom Bistum Aachen - welches sich sehr für diese Ausstellung engagiere - sowie dem Kreis Heinsberg, sei bereits eine finanzielle Beteiligung zugesagt worden. Man versuche den Rest durch Sponsoren abzudecken und werde in der nächsten HFA-Sitzung die Planung vorstellen.

Auf Nachfrage von Frau Tings, welcher Betrag noch ungedeckt sei, erklärte Herr Brunen, dass nach heutigem Stand noch ca. 2000 € zu finanzieren seien.

Frau Thelen fragte weiter an, ob die Stadt entsprechend dem Ratsbeschluss nun Mitglied im Bündnis gegen Rechts sei. Beigeordneter Brunen bestätigte, dass die entsprechende Beitrittserklärung unterzeichnet wurde.

Sitzung endet um:

Die Sitzung wurde um 19.40 Uhr durch Herrn Dr. Möhring beendet.

Vorsitzender

Schriftführer/in:

Dr. Joachim Möhring